# Beschlussbuch zur Juso-Vollversammlung am 04. Juni 2016

## - St. Pauli-Salon -

**Inhaltsverzeichnis:** **Seite:**


| | | |
|---|---|---|
| A1 | Politische Bildung für Dresden! | 2 |
| A2 | Menschenrechte verteidigen - Weitere Aushöhlung des Asylrechts verhindern! | 3 |
| A3 | Schlechterstellung von Unverheirateten abschaffen! | 4 |
| A4 | „Girls just wanna have fun...damental human rights" – Awareness-Strukturen im eigenen Verband schaffen | 5 |
| A6 | Partnerstädte - mehr als ein Feigenblatt | 7 |
| A8 | Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan | 9 |
| A9 | Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln | 11 |

**A1**
Antragsteller*in: Felix Göhler

**Politische Bildung für Dresden!**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat und die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

- Die Landeshauptstadt Dresden trifft Regelungen zur Einführung von Fortbildungsmöglichkeiten für ihre Angestellten, analog zu den bestehenden Bildungsurlaubsgesetzen der Bundesländer.

- Die Anwendung dieser Regelungen in den privatwirtschaftlichen Unternehmen der Landeshauptstadt Dresden ist zu ermöglichen.

- Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine Initiative mit dem Ziel eines Bildungsurlaubsgesetzes für Sachsen einzubringen.

Begründung:

Durch das Übereinkommen 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aus dem Jahr 1974 verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub zum Zwecke der Berufsbildung auf allen Stufen, der allgemeinen und politischen Bildung und der gewerkschaftlichen Bildung zu fördern.

Der Freistaat Sachsen hat es bisher als einziges Bundesland neben dem Freistaat Bayern versäumt diese Verpflichtung zuständigkeitshalber in Landesrecht umzusetzen.

Politische Bildung verbessert das Verständnis gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge und fördert damit die in einem demokratischen Gemeinwesen anzustrebende Mitsprache und Mitverantwortung in Staat, Gesellschaft und Beruf.

Insbesondere in den letzten Monaten hat sich wiederholt gezeigt, wie defizitär dieses Wissen in wesentlichen Teilen der Bevölkerung in Sachsen ausgeprägt ist. Politische Bildung ist nicht keine Nebensache sondern essenzieller Bestandteil des Lebens in einer demokratischen Gesellschaft. Diese darf nicht mit dem Schulabschluss enden.

Bis die entsprechende landesrechtliche Regelung geschaffen wird ist es Sache der einzelnen Arbeitgeber hier freiwillig für Abhilfe zu sorgen. Der Landeshauptstadt Dresden kommt dabei als öffentlicher Institution und größtem Arbeitgeber der Region eine besondere Rolle und Vorbildfunktion zu, welche es zu nutzen gilt.

**A2**
Antragsteller*in: Stefan Engel

**Menschenrechte verteidigen - Weitere Aushöhlung des Asylrechts verhindern!**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen:

Wir lehnen die geplante Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ ab. Wir fordern die SPD-Mitglieder in der sächsischen Staatsregierung auf, diese Haltung im Kabinett zu vertreten und eine Zustimmung des Freistaats Sachsen zum vorliegenden Gesetzentwurf in der Bundesratssitzung am 17. Juni zu verhindern.

Begründung:

Für uns Jusos stellt die Praxis der Ablehnung von Asylanträgen als „offensichtlich unbegründet“ im Sinne des Asylverfahrensgesetzes ganz grundsätzlich eine untragbare Einschränkung des Asylrechts dar. Eine reine Vermutung seitens des Gesetzgebers reicht aus, um einen Antrag abzulehnen. Die Widerlegung dieser Vermutung ist durch verfahrensverschärfende Festlegungen enorm erschwert. Daher haben wir schon vor einiger Zeit die Abschaffung dieser Regelung gefordert und auch wiederholt gegen die Ausweitung auf weitere Staaten protestiert.

Der Bundestag hat in seiner Sitzung am 13. Mai dem „Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten“ mit Mehrheit der schwarz-roten Koalition zugestimmt. 25 Abgeordnete der SPD-Fraktion haben diese Entscheidung nicht mitgetragen.

Abseits unserer grundsätzlichen Haltung zum Thema „sichere Herkunftsstaaten“ lohnt auch ein Blick auf die konkrete Menschenrechtssituation in den drei betroffenen Staaten: Laut „Amnesty International“ sind in Marokko substanzielle Verletzungen der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit festzustellen. Journalist*innen werden mit Gerichtsverfahren überzogen und Menschenrechtsorganisationen werden in ihrer Arbeit behindert. In Algerien wird Homosexualität weiterhin strafrechtlich verfolgt und ist mit einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren belegt. Tunesische Strafverfolgungsbehörden wenden laut übereinstimmenden Berichten weiterhin Foltermethoden an, um Geständnisse zu erzwingen. [1]

Dies sind nur einige Auszüge einschlägiger Berichte. Trotzdem wird klar, dass die betroffenen Staaten insbesondere für Minderheiten aller Art, politisch Engagierte und Journalist*innen alles andere als „sicher“ sind. Eine von der Sozialdemokratie mitgetragene Landesregierung darf so ein solches Gesetz nicht mittragen!

[1] Stellungnahme an den Innenausschuss für die Sachverständigenanhörung am 25. April - https://www.amnesty.de/downloads/stellungnahme-den-innenausschuss-fuer-die-sachverstaendigenanhoerung-am-25-april-2016?destination=node%2F2977

**A3**
Antragsteller*in: Michael Anders

**Schlechterstellung von Unverheirateten abschaffen!**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die LDK der Jusos Sachsen, an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die Jusos Dresden fordern die SPD-Fraktionen in Bund und Freistaat auf, das bestehende Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting umzubauen, sodass es zu einer völligen Gleichstellung von Unverheirateten, Lebenspartnern und Verheirateten kommt, wenn in diesen Verbindungen Kinder, ob leiblich oder nicht, vorkommen. Bestehende Ungleichbehandlungen, hinsichtlich der Art der Verbindung mit Kindern, beispielsweise im Steuerrecht oder in Tarifverträgen müssen aufgehoben und für die Zukunft verboten werden.

<u>Begründung:</u>

Die Bedürfnisse von Kindern, Müttern oder Vätern bestehen unabhängig vom Familienstand der Eltern. Mittlerweile werden 60 % der Kinder unehelich geboren. Mehr als jede dritte Ehe wird geschieden. Das ist die gesellschaftliche Realität. Dennoch werden beispielsweise im Steuerrecht Ehe- und Lebenspartner nach wie vor gegenüber Unverheirateten oder Nichtverpartnerten bessergestellt. Oder: In manchen Tarifverträgen, beispielsweise im TVöD oder im TV-L, gibt es Arbeitsbefreiungen bei der Geburt eines Kindes nur für Verheiratete oder Verpartnerte. Doch haben werdende Mütter und Väter geringere Bedürfnisse, wenn sie nicht verheiratet sind? Wir sagen dazu nein! Das Recht auf Schutz werdender Eltern und ihrer Kinder soll unabhängig vom Familienstand der Eltern sein. Und warum soll das Finanzamt bei unverheirateten Eltern stärker zulangen dürfen als bei Lebens- und Ehepartnern? Mit welcher Begründung soll der Gesellschaft das Modell „Ehe“ oder „Lebenspartnerschaft“ weiter durch finanzielle oder andere Vorteile aufoktroyiert werden? Alle Eltern sollen sich frei für ein Familien- und Partnerschaftsmodell entscheiden dürfen. Dazu gehört auch, noch bestehende Ungleichbehandlungen abzubauen und für die Zukunft durch gesetzliche Regelungen zu verhindern.

**A4**
Antragsteller*in: Sophie Koch

**„Girls just wanna have fun...damental human rights" – Awareness-Strukturen im eigenen Verband schaffen**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen weiterleiten:

Die Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und sollten gleichermaßen nach außen und nach innen als solcher agieren. Leider machen Sexismus und Genderdiskriminierung auch vor linken Strukturen nicht Halt. Damit sich alle Mitglieder bei Konferenzen, Veranstaltungen oder lockerem Beisammensein wohlfühlen, müssen diskriminierende sexistische Äußerungen und Verhaltensweisen angesprochen und unterbunden werden. Das Ende eines formellen Sitzungstages darf nicht gleichzeitig das Ende der feministischen Grundhaltung sein.
Um diese Ziele zu erreichen, sollen zukünftig folgende Gremien gegründet und bei der nachfolgenden Landesdelegiertenkonferenz gewählt werden:

**1. Awareness-Team**

Bei Landesdelegiertenkonferenzen sowie mehrtägigen Veranstaltungen der Jusos Sachsen oder der einzelnen Unterbezirke soll zukünftig ein quotiertes Awareness-Team, bestehend aus zwei Personen gewählt werden. Diese Personen sind Ansprechpartner*innen für Probleme und Vorfälle mit sexistischem oder diskriminierendem Hintergrund. Ihnen steht, wenn möglich, ein geschützter Raum zur Verfügung. Am Ende der Veranstaltungen stellt das Team einen anonymisierten Bericht vor, in dem sie ihnen gemeldete Vorfälle und eigene Beobachtungen darlegen. Sollten aufgrund der geringen Teilnehmer*innenzahl keine zwei Personen gewählt werden, kann auch stellvertretend ein weibliches Mitglied des Landes- oder Unterbezirksvorstandes das Awareness-Team stellen.

**2. Anti-Sexismus-Kommission der Jusos Sachsen**

Für Vorfälle außerhalb der oben genannten Veranstaltungen soll auf der jeweiligen Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen eine Anti-Sexismus-Kommission gewählt werden. Diese besteht aus zwei bis vier Personen, welche als Ansprechpartner*innen für jegliche Art von auftretendem Sexismus im Verband agieren. Mindestens 40 Prozent dieser Kommission besteht dabei aus Frauen*. Die Kommission unterrichtet die Landesdelegiertenkonferenz und den Landesvorstand regelmäßig über die Verbandssituation.

Neben den genannten Instrumenten sollen regelmäßig Seminare und Workshops zu Grundlagen des Feminismus und weiteren feministischen Themen durchgeführt werden. Diese sollen gewährleisten, dass unter anderem Neumitglieder über unsere Richtlinien und das feministische Verständnis der Jusos informiert und aufgeklärt werden.
Auch eine gezielte Neumitgliederkampagne für Frauen* kann dazu beitragen, dass unser Verband feministischer wird.
We all can do it!

<u>Begründung:</u>

Gerade in einem Landesverband wie Sachsen in dem der Frauen*anteil weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt, müssen wir noch stärker für eine bedingungslose Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung von Frauen* kämpfen.

Die geforderten Instrumente können dazu beitragen, dass Sexismus und Diskriminierung keine Chance haben in unserem Verband. Dabei sollen weder die Betroffenen noch die Täter*innen bloß gestellt, sondern vielmehr gemeinsame Lösungen gefunden und die einzelnen Mitglieder des Verbandes sensibilisiert werden. Diese Sensibilisierung soll gleichzeitig durch inhaltliche Diskussionen und Weiterbildungen innerhalb des Verbandes vorangetrieben werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

**A6**
Antragsteller*in: Felix Göhler, Stefan Engel

**Partnerstädte - mehr als ein Feigenblatt**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Dresdner Stadtrat weiterleiten:

- Die Landeshauptstadt Dresden wirkt darauf hin, die Zusammenarbeit und den Austausch mit ihren europäischen und internationalen Partnerstädten zu intensivieren und zu verstetigen.
- Dabei ist konzeptionell zu prüfen, welche Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit bestehen, erstrebenswert und von den Partnerstädten gewünscht sind. Beispiele anderer Städtepartnerschaften können in diesem Rahmen als Vorbild dienen.
- Insbesondere auch die Vernetzung von Schulen, Vereinen, öffentlichen Institutionen, bürgerschaftlichen Initiativen usw. ist dabei in Betracht zu ziehen.
- Die Landeshauptstadt Dresden strebt die Errichtung einer Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt an. Dabei sind bestehende Kontakte und Verbindungen in Kultur, Sport und Wirtschaft zu berücksichtigen.

<u>Begründung:</u>

Städtepartnerschaften stellen seit vielen Jahrzehnten ein beliebtes Mittel der interkommunalen Zusammenarbeit dar, um den gegenseitigen kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zu pflegen. Insgesamt verfügt die Stadt Dresden mittlerweile über Partnerschaften mit 13 anderen Kommunen. Die erste im Februar 1959 mit der britischen Stadt Coventry geschlossene Zusammenarbeit bildete zum Beispiel einen ersten wichtigen Schritt zur Aussöhnung und Verständigung, wohingegen die 1987 mit Hamburg geschlossene Verbindung über den Eisernen Vorhang hinweg die Aufhebung der deutschen und europäischen Spaltung vorwegnahm.

Städtepartnerschaften werden in der Praxis sehr unterschiedlich gehandhabt. Zu oft ist die Zusammenarbeit eingeschlafen und die Partnerschaft existiert nur noch auf dem Papier. Dabei bieten diese Projekte beträchtliches Potenzial zur gegenseitigen Bereicherung und für eine positive Wirkung auf die gesamte Stadtgesellschaft, wie die Beispiele von Nürnberg, Freiburg im Breisgau oder Osnabrück zeigen.

Ein größtenteils rein deklaratorischer Charakter, wie bisher in Dresden vorhanden, ist für uns nicht zufriedenstellend. Vielmehr muss es das Ziel sein die Bürgerschaft auf den verschiedensten Ebenen zu vernetzen und in Austausch zu bringen. Nur so kann dem Zweck der Verständigung, des Austausches und der Annäherung der Menschen verschiedenster Regionen tatsächlich entsprochen werden.

Aus unserer Sicht würde eine Partnerschaft mit einer israelischen Stadt (in Frage kämen zum Beispiel die Großstädte Ashkelon oder Rischon LeZion) einen wichtigen Impuls für die Erneuerung der Dresdner Städtepartnerschaften setzen. Gerade für Dresden als Kultur- und Wissenschaftsstadt könnte eine solche Zusammenarbeit positiv sein. Israel verfügt über eine breite Kultur- und Kunstszene, die für ein Land dieser Größe bemerkenswert ist. Zugleich ist Israel (insbesondere das Gebriet rings um Tel Aviv) ein herausragendes Zentrum der Hightech-Industrie (Silicon Wadi). Verstärkte Kooperationen mit der dortigen IT- und Chipindustrie oder im Bereich der zahlreichen Hochschulen liegen da eigentlich auf der Hand. Dresden sollte daher dem Beispiel der über 100 bestehenden Partnerschaften zwischen

deutschen und israelischen Gemeinden folgen und gerade mit Hinblick auf das 50-jährige Jubiläum der diplomatischen Beziehungen seinen Beitrag zum deutsch-israelischen Dialog leisten.

**A8**
Antragsteller*in: Benjamin Bark

**Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, mit Ziel der Weiterleitung an den Bundeskongress der Jusos, weiterleiten:

Im Angesicht sogenannter Flüchtlingswellen war die Zusammenarbeit mit Mittelmeeranrainerstaaten wiederholt Mittel der Wahl, um Menschen auf der Flucht davon abzuhalten, die Küsten Europas zu erreichen.

Auch der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei hat vor allem das Ziel, eine weitere Hürde auf dem Weg über die Balkanroute aufzubauen. Das europäische Asylerfahren soll de facto in die Türkei ausgelagert werden. Einzig erkennbarer „Erfolg“ dieser Maßnahme ist die verstärkte Wiederaufnahme von Schleuseraktivitäten auf der zentralen Mittelmeerroute über Italien, die bereits wieder zu zahlreichen Todesfällen geführt hat.

Die türkische Regierung unter Präsident Erdoğan will mit dem Abkommen vornehmlich innenpolitisch Punkte sammeln, indem sie im Gegenzug Visaerleichterungen für türkische Bürger_innen einfordert, die in die Europäische Union einreisen wollen. Die EU hat bisher alles unternommen, um diesen Deal mit der Türkei auf den Weg zu bringen und auch die Bundesregierung hat dabei über die aktuellen Geschehnisse vor Ort großzügig hinweg gesehen.

Dabei hat Erdoğan bereits mehrfach bewiesen, dass er weder ein Freund der Grund- und Menschenrechte, noch ein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner, noch ein stabilisierender Faktor in der Region ist. Schon seit Jahren lässt er vermeintliche oder tatsächliche Oppositionelle wahlweise wegen Terrorismus(unterstützung) oder Beleidigung verfolgen, seien es nun Gezi-Demonstrant_innen, linke, Kurd_innen, Journalist_innen, unliebsame Militärs oder die Gülen-Bewegung. Den Südosten seines Landes hat er, nach anfänglichen Friedensbemühungen, in einen militärischen Ausnahmezustand geführt, bis hin zur Belagerung ganzer Städte. Den Bürgerkrieg im Nachbarland Syrien hat er durch anfängliches gewährenlassen von IS-Terroristen in der Türkei mit befeuert. Eine der EU zugesagte Änderung der Anti-Terror-Gesetze will er nicht mehr umsetzen. Sein neuestes Thema ist eine Kampagne gegen das Scheidungsrecht von Frauen, das Recht auf Verhütungsmittel und Abtreibung. Diese Liste ließe sich noch weiter ausführen, soll aber letztendlich nur verdeutlichen, dass von den Anfangs in Erdoğan gesetzten Hoffnungen auf eine weitere Modernisierung des Landes und eine Annäherung an Europa nicht mehr viel übrig geblieben ist.

Gleichzeitig haben wir es mit einer Opposition zu tun, die nicht nur unter der Repression durch die Regierung zu leiden hat, sondern sich auch selbst im Weg steht. Die sozialdemokratische CHP unterstützte zum Teil eine Initiative der Regierung, den Abgeordneten der linken Kurdenpartei HDP mithilfe meist dubioser Strafverfahren die Immunität zu entziehen. Hier hilft also ein assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas dabei, ein anderes aus dem Parlament zu verbannen. Auf der anderen Seite fällt es der HDP schwer, sich von Terrorismus zu distanzieren, wie der Fall einer Abgeordneten zeigt, die auf der Trauerfeier eines gefallenen PKK-Terroristen anwesend war.

Die Situation ist also verfahren. Während sich Erdoğan und die AKP für uns nicht als Verhandlungspartner anbieten, benötigt die Oppositionsbewegung Impulse und langfristige Solidarität von außen.

Deshalb fordern wir:

- Die Aussetzung des Flüchtlingsrücknahmeabkommens mit der Türkei
- Die strikte Durchsetzung der Bedingungen zur Visaerleichterung
- Einen aktiven Austausch mit der deutschen und europäischen Sozialdemokratie mit den beiden assoziierten SPE-Mitgliedern CHP und HDP, sowie anderen progressiven Institutionen in der Türkei
- Jugendaustauschprojekte der Jusos mit linken türkischen Jugendverbänden, darunter auch die Jugendverbände o.g. Parteien

**A9**
Antragsteller*in: Stefan Engel

**Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln**

Die Vollversammlung der Jusos Dresden möge beschließen und an die Juso-Landesdelegiertenkonferenz mit Ziel der Weiterleitung an den SPD-Landes- und SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die Zukunft der „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)“ war seit 2014 Thema einer hochkarätig besetzten Expertenkommission des Deutschen Bundestages. Diese Kommission legte im April 2016 ihren Abschlussbericht vor, der im Kern eine Eingliederung der Stasi-Unterlagenbehörde in das Bundesarchiv bis zum Jahr 2021 vorsieht und die Reduzierung der Außenstellen auf eine pro Bundesland zur Folge hätte.

Wir lehnen diese vorgeschlagene Vorgehensweise ab. Aus unserer Sicht wird eine Angliederung der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv der besonderen historischen Bedeutung der Stasi-Akten nicht gerecht. Der offene Zugang zu den Akten eines ehemaligen Geheimdienstes ist in dieser Art und Weise weltweit einmalig und sollte auch entsprechend weiterhin wohnortnah und unkompliziert gewährleistet werden. Der derzeitige Zugang zu den Stasi-Unterlagen ist zudem mit dem geltenden Bundesarchivgesetz nicht kompatibel und würde auch weiterhin die spezifischen Regelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes oder eine umfassende Novellierung des Bundesarchivgesetzes erfordern.

Wir fordern stattdessen:

- Die Stasi-Unterlagenbehörde soll auch in Zukunft als eigenständige Behörde fortbestehen und in ihrer Grundstruktur mit einer Zentrale in Berlin und Außenstellen in möglichst allen ehemaligen DDR-Bezirken erhalten bleiben. Gerade für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen ist die Wohnortnähe ein wichtiger Faktor.

- Die Außenstellen müssen weiterhin als Anlaufpunkt für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und natürlich besonders die Opfer zur Verfügung stehen. Daneben sollte aber auch die eigenständige Bildungs-, Geschichts- und Erinnerungsarbeit der Außenstellen in ihrer Bedeutung gestärkt werden und auch entsprechend mit Ressourcen unterlegt werden. Dies ist insbesondere für die Arbeit und den Dialog mit den „Nachwendegenerationen“ unumgänglich und zentral für den Erhalt der Behörde. Bei zweifelsohne notwendigen Weiterentwicklung der Gesamtbehörde ist der Forschungsarbeit ein besonderer Stellenwert einzuräumen.

- Eine belastbare und langfristige Personalplanung ist wichtig für die Zukunft der Behörde. Gleichbleibende bis sogar steigende Antragszahlen und die in den letzten Jahren deutlich verlängerten Wartezeiten auf Einsichtnahme belegen, dass der derzeitige Schrumpfkurs in eine Sackgasse führt und die Arbeit der Behörde zunehmend behindert.

- Das steigende Alter des Aktenbestandes macht eine Verbesserung der archivalischen Bedingungen in der gesamten Behörde umso dringlicher. Diese entsprechen nicht durchweg den heute an die Unterbringung von Archivgut angelegten Kriterien. Die Digitalisierung non Teilen des Bestandes kann auch unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Nutzbarkeit der Akten bilden.

- Das Projekt zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Akten sollte fortgesetzt und entsprechend unterstützt werden. Die bisher nicht zugänglichen Bestände könnten einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung noch offener historischer Frage